



Reith: Planerische Maßnahmen und Lehren aus der Krise als effiziente Instrumente der Krisenvorsorge

Enquetekommission schließt drittes Handlungsfeld ab

In der heutigen Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zogen die Fraktionen eine erste Bilanz zum dritten und vorletzten Handlungsfeld „Gesellschaftliche Betroffenheiten“. **Niko Reith**, sozialpolitischer Sprecher und Obmann der Enquetekommission für die FDP/DVP-Fraktion, resümiert:

„Im dritten Handlungsfeld haben wir den Fokus auf die Belange besonders betroffener Gruppen unserer Gesellschaft in Krisen gelegt. Aber entgegen des im Einsetzungsbeschlusses ausgeklammerten Wunsches der Regierungsfaktionen, haben alle Experten die Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie aufgearbeitet – und das ist auch richtig so! Dabei wurden vor allem drei vulnerable Personengruppen immer wieder hervorgehoben, für die wir zwingend Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen festlegen müssen, da sie überproportional durch die Corona-Pandemie eingeschränkt wurden: erstens Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung, zweitens junge Erwachsene und drittens Schülerinnen und Schüler. Bei allen drei Gruppen wurde deutlich, wie schmal der Grat zwischen Selbstbestimmung bzw. Freiheit und reglementierter Fürsorge wirklich ist. Hier müssen wir planerisch Vorsorge leisten.“

Zu der Frage, was das bedeutet und wie eine solche Vorsorge konkret aussehen könnte, führte er weiter aus:

„Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen hat es sehr treffend formuliert, als sie sagte, dass es ‚einer barrierefreien Kommunikation sowie einer leichten Sprache in einer differenzierten Form bedarf‘ und das von Beginn an.

Für die zweite Personengruppe der jungen Erwachsenen appelliere ich an die Kommission, die Einbeziehung dieser Generation in politische Entscheidungsprozesse stärker in den Blick zu nehmen. Hier gilt es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und junge Menschen aktiv einzubinden.

Hinsichtlich der Krisenresilienz unserer Schulen plädiere ich, wie wir es bereits zusammen mit der SPD-Fraktion innerhalb dieses Gremiums gefordert haben, für eine deutlich umfassendere Aufarbeitung der Auswirkungen von Krisen auf unsere Schülerinnen und Schüler und unser Bildungssystem. Hierfür wäre ein eigenes Handlungsfeld innerhalb der Enquetekommission aus unserer Sicht angemessen gewesen. Leider scheint dies für die Regierungsparteien nicht die gleiche Bedeutung zu haben.“

Mediendienst

Stuttgart, 22. September 2023

**Freie
Demokraten**



Landtagsfraktion
Baden-Württemberg **FDP**